

Betrachten wir ein Bild!

Zu: „Die Kraft des Windes“,
FR-Regional vom 17. Juni

Die Widerstände einer bestimmten Klientel gegen die Windkraft nehmen zu. Neu ist ein Argument aus Südhessen. Ein FDP-Vertreter sprach sich gegen den Ausbau der Windenergie aus, weil trotz dieses Ausbaus die CO₂-Emissionen zugenommen hätten. Ich wende mich (Ironie-Anfang) gegen den Ausbau der Reinigungsstufen in Wasserwerken, weil die Nitratbelastung des Trinkwassers trotz dieser Reinigungsstufen zugenommen hat (Ironie-Ende). Man kann die Einwendungen der Energie-Konservativen nacheinander abarbeiten. Es reicht aber, das dem Artikel „Die Kraft des Windes“ beigefügte Bild zu betrachten. Es zeigt eine liebliche Landschaft mit leicht geschwungenen, bewaldeten Höhen – Südhessen vermutlich – unter blauem Himmel. Nach unten verfärbt sich die Luft leicht gelb, wird gelbbraun, gelbgraubraun und im tiefen Tal schließlich graubraunviolett. Durch die dunkelste, schmutzigste Luftschicht im Tal schimmert schwer erkennbar eine Silhouette. Es muss eine Stadt sein. Auf dem bewaldeten Berg in der Hintergrundmitte verschandelt ein hässlicher Turm oder ein Betonklotz die Landschaft. Und rechts steht ein Windrad vor der Misere. Volker Knuth, Hamburg

Diskussion: frblog.de/lf-20190624/

Zum Schaden der Landwirte

Zu: „Drei Tage Klima-Proteste“,
FR-Wirtschaft vom 24. Juni

„Wir haben Grandioses geschafft“, erklärte die Pressesprecherin Kathrin Henneberger von der Organisation „Ende Gelände“ nach der Erstürmung des Tagebaus Garzweiler. Dass sie dabei 16 Polizisten verletzt hatten, war den „Umweltaktivisten“ keine Bemerkung oder gar Entschuldigung wert. Zwei Pumpstationen gingen in Flammen auf, Abraumkanten wurden beschädigt und Transportwege zerstört. Um die Polizeikette zu umgehen, stürmte die Meute von „Ende Gelände“ über bestellte Felder und zerstörte die Ernte. Den Schaden haben die Landwirte zu tragen. Die widerrechtliche Blockierung der Bahnstrecke zu den Kraftwerken sei nur am Rande erwähnt. Nach der Räumung haben die „Umweltschützer“ mehrere Kubikmeter Müll zurückgelassen.

Körperverletzung, Hausfriedensbruch, Nötigung, Sachbeschädigung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Umweltverschmutzung usw. wird den „Aktivisten“ vorgeworfen. Der Bundesvorstand der Grünen hat sich mit diesen Straftätern solidarisiert. Was haben die Grünen für ein Demokratieverständnis? Wehe, wenn die und ihre Bundesgenossen einmal das Sagen haben! Horst Gorgs, Braunschweig



**BRONSKI IST IHR
MANN IN DER
FR-REDAKTION**

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer
Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären
Sie sich einverstanden, dass
Ihr Leserbrief auch online
unter www.frblog.de
veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor,
Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Dr. **Bernd Hontschik** zu Gast in der Sendereihe „Im Gespräch“ aus Anlaß des neuen Buches: „Erkranken schadet Ihrer Gesundheit“
28. Juni 2019, 9:05 Uhr
Deutschlandfunk Kultur

Lutz „Bronski Büge“ stellt seinen neuen Roman „Incubus – Virenkrieg III“ vor und liest daraus. Anlässlich der Neuerscheinung gibt es Crémant. Eintritt frei, Eine Veranstaltung von Pro Lesen e.V.
19. September, 19.00 Uhr
Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstr. 32, Frankfurt

Dr. **Bernd Hontschik** liest aus seinem Buch „Erkranken schadet der Gesundheit“, das auf seinen Kolumnen für die FR beruht. Anschließend Diskussion.
24. Oktober, 18.30 Uhr
Bürgerinstitut, Oberlindau 20, Frankfurt

Friedensnobelpreis für Trump und Rohani

Zum Verhältnis zwischen USA und Iran: „Präsident auf Schlingerkurs“, FR-Politik vom 24. Juni

Schwer verunsicherte Restwelt

Die nächsten Kandidaten für den Friedensnobelpreis dürften nun endgültig feststehen: Donald Trump (Präsident der USA) und Hassan Rohani (Präsident des Iran). Die beiden aggressiven (Schein-)Krieger der „Droh-Worte“ und der „Ohn-Taten“, geben überraschend nach, und geben sich selbst wieder einmal mehr oder weniger lammfromm, und hinterlassen damit eine schwer verunsicherte Restwelt!

Kinder bekommen vielleicht eins auf die Finger, wenn sie beim Zündeln erwischt werden, alte verbohrt Männer aber nicht! Klaus P. Jaworek, Büchenbach

Athen wollte nicht teilen

In einer seiner letzten großen Fernseh-Dokus sagt Peter Scholl Labour: „Im Abgrund der Geschichte hat vieles Platz – auch die westliche Demokratie“. Was sollte das? Verstanden habe ich diesen Satz damals nicht. Heute verstehe ich ihn besser. Trump versucht, Welt zu regieren nach dem Motto „Amerika first“.

Vor etwas mehr als 2000 Jahren hatten wir das schon einmal, im Mittelmeer, zur Zeit der Perserkriege. Unter der Führung Athens besiegten die Griechen die Perser. In Athen siegte die Demokratie und die Athener schlossen Bündnisse mit anderen griechischen Stadtstaaten um eine Flotte gegen die Perser aufzubauen, die schon längst besiegt waren. Diese Bündnispartner mussten Schutzgeld bezahlen. Athen als demokratischer Staat wird zur imperialen Supermacht. In Athen dürfen alle freien Männer wählen und gewählt werden. Die Bündnispartner sind die Untergebenen, die einfach nur Schutzgeld bezahlen. Die Akropolis in Athen ist das Weltkulturerbe dieser Politik der Ausbeutung.

Was tun? Die Perser wurden nicht nur von Athen besiegt,



Die mutmaßlichen Überreste einer abgeschossenen US-Drohne. DPA

sondern auch von Sparta. Im Vergleich zu Athen ein finsterner und brutaler Staat. Über Athen scheint die Sonne der Demokratie und über die Bündnispartner herrscht die Finsternis der Diktatur des Attischen Bundes. Das Ergebnis ist bekannt. Es kommt zum Krieg zwischen Athen und Sparta, und Athen verliert.

Was lernen wir daraus? Athen wollte nicht teilen. Die römische Republik war da klüger: Teile und herrsche.

Heiner Mesch, Attendorn

Ein Präsident, der nicht weiß, was er befiehlt

Good cop, bad cop – die immer noch mächtigsten Männer der Welt, Trump und seine Gefolgsleute, spielen diese Nummer als Marx Brothers in Reverse, und es ist Ihnen so was von scheißegal, was daraus wird. Auch vergleichbar zum Anarchospruch „legal, illegal, scheißegal“. Man wagt sich kaum, diese Typen als „Knalltüten“ zu bezeichnen. Zu groß die Angst, dass man recht behält. Vor einem Präsidenten der nicht weiß was er befiehlt, der nur zwei Sekunden nachdenkt, um sich anders zu entscheiden, vor Militärs, die mal eben 150 Tote in Kauf nehmen,

mit einem gedanklichen Fingerschnipp, und Folgen, die sie gar nicht abschätzen können oder dazu bereit oder fähig sind. Mit Brecht: Was ist ein Campuskiller gegen diese Masters of War?

Manfred Kramer, Frankfurt

Die mangelnde Vernunft vieler Amerikaner

Trump steht kurz vor einem Krieg mit dem Iran. Er ist ein Sicherheitsrisiko für die freie Welt! Bleibt nur zu hoffen, dass die vernünftigen Politiker ihm Einhalt gebieten! Trump wurde Präsident, obwohl Hillary Clinton mehr Stimmen bekam. Er ist ein Lügner und Steuerhinterzieher. Seine Wahl wirft ein deutliches Licht auf die mangelnde Vernunft vieler Amerikaner!

Ich war in den USA. Da werden schon mal Holzhäuser in Tornadogebieten gebaut. Die sozialen Unterschiede sind erschreckend. Überall Klassenmedizin! Keine Krankenversicherung! Todesstrafe für Farbige! Prominente wie Bruce Springsteen kritisieren die Zustände. Schön wäre, wenn Obama wieder Präsident werden würde!

Reiner Feldmann, Weiterstadt

Diskussion: frblog.de/iran

Umverteilung kann gebremst werden

Zu: „Gute Neuigkeiten für Mieter“, FR-Wirtschaft vom 24. Juni

Die angekündigte freiwillige Begrenzung der eigenen Gier beim Konzern Deutsche Wohnen klingt gut. Schon die Ankündigung eines Mietendeckels durch die rot-rot-grüne Berliner Regierung hat die Aktien von Deutsche Wohnen einbrechen lassen. Ein schönes Signal, dass rot-rot-grüne Koalitionen durchaus funktionieren und die Umverteilung von unten nach oben zumindest bremsen können. Das wird natürlich vom Konzern bestritten, indem behauptet wird, die Überlegungen stammten vom Anfang des Jahres. Verräterisch ist aber schon, dass die Pläne jetzt bekannt gemacht werden und dass gedroht wird, sie würden zurückgenommen, wenn „regulatorische Eingriffe in das Mietrecht“

kämen. Es geht also darum, den Mietendeckel zu verhindern.

Das Lob des Regierenden Bürgermeisters Müller erscheint deshalb vorschnell. Die Deutsche Wohnen bleibt als eine Art Steuerbehörde Herrin des Verfahrens. Bei ihr müssen die Mieter ja nun wohl ihren Steuerbescheid einreichen, damit der Konzern dann bei künftigen Mieterhöhungen die Miete auf 30 Prozent des Einkommens festsetzen kann. Es bleibt offen, ob dies nicht zu drastischen Mieterhöhungen führt, die mehr bringen als die generösen 25 Prozent Neuvermietungen an Mieter mit Wohnberechtigungsschein kosten. Man darf sicher sein, dass die Konzernverantwortlichen das genau durchge-

rechnet haben und sicher sind, damit besser zu fahren als mit dem Mietendeckel.

Eine wirkliche Regulation wäre, wenn im Rahmen der Erfassung von Mieten bei der Neufestsetzung der Grundsteuern diese derart progressiv besteuert würden, dass sich Wucher nicht mehr lohnt. Vernünftige Vermieter bleiben dabei außen vor. Die Steuererhöhungen können dann auf Antrag an die von Mietwucher Betroffenen als eine Art Wohngeld ausgeschüttet werden.

Bei stark fallenden Aktienwerten der Konzerne sind diese günstig kommunal aufzukaufen. Damit wären Kommunen und Gesetzgeber Herren des Verfahrens und der Mietwucher beendet. Friedrich Gehring, Backnang